



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Januar 2025, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder
Entschuldigt: Ratsmitglieder Florian Abt (SP) und Denise Meyer (SVP)
Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 18.12.2024 <i>://: Das Protokoll der letzten Ratssitzung wird einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Schulanlage Fraumatt, Erweiterungsbau – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung <i>Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 26. Februar 2025 nochmals beraten.</i>	2024-12 2024-12a
3. Mattenstrasse: Kreditvorlage für Wasserleitungsersatz und Strassen- sanierung <i>://: Der Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2024-27 an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird von 23 Ratsmitgliedern grossmehrheitlich unterstützt, dem Antrag der Grünen Fraktion für eine Direktberatung stimmen 13 Ratsmitglieder zu und 2 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.</i>	2024-27
4. Reglement über die Feuerungskontrolle, Totalrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) <i>://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die von der GOR beantragten Änderungen gemäss Synopse bzw. Beilage der ER-Vorlage Nr. 2024-13a. ://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die von der GOR beantragte Totalrevision des Reglements über die Feuerungskontrolle gemäss stadträtlicher Vorlage sowie den von der GOR beantragten und vorgängig beschlossenen Änderungen gemäss ER-Vorlage Nr. 2024-13a.</i>	2024-13 2024-13a
5. Sicherheit in Liestal – Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion <i>://: Das Postulat «Sicherheit in Liestal» (Nr. 2024-14) wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i>	2024-15

6. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 17 Fragen und 2 Zusatzfragen beantwortet.
7. Belagsinstandstellungen – Interpellation «Belagsinstandstellung nach Aufgrabung der Allmend» von Lorenz Holinger namens der SVP-Fraktion; schriftliche Antwort Stadtrat
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2024-21
2024-21a
8. Feuerwehrmagazinareal – Postulat «Wie weiter mit dem Feuerwehrmagazin Areal?» von Peter Küng namens der SP-Fraktion
://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen. 2024-23
9. Sportplatz Gitterli – Interpellation «Sanierung Sportplatz Gitterli» von Markus Hügin der SVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2024-24
10. Sportanlagen-Zugänglichkeit – Postulat betreffend Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der EVP, Florian Sennhauser der FDP und Marius Ziegler der SVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2024-25
11. Plastikverpackungen-Kreislauf – Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel 2024-26

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertretende und Gäste zur heutigen Sitzung.

[Wegen technischen Problemen musste die Anlage zu Sitzungsbeginn durch den externen Support runtergefahren und neu gestartet werden. Nach einer durchgeführten erfolgreichen Testabstimmung kann die Sitzung mit fünfminütiger Verspätung eröffnet werden.]

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht als Präsident folgende Mitteilungen:

- Vom Kanton sind kurzfristig Wartungsarbeiten von 19.00 – 21.00 Uhr mit Internetunterbrüchen angezeigt worden. Dank Intervention von Stadtverwalter a.i. René Frei konnte bewirkt werden, dass mit diesen Arbeiten erst um 20.00 Uhr begonnen wird, doch muss das heutige Sitzungsende auf ca. 19.45 Uhr festgelegt werden, damit anschliessend noch eine Datensicherung sowie Transkription des Protokolls vorgenommen werden kann.
- Das Restaurant «Alte Brauerei» ist für den heutigen interfraktionellen Restaurant-Besuch im Anschluss an die heutige Sitzung reserviert worden. Vorgängig der Pause wird er die Erhebung machen, wer beim anschliessenden Restaurant-Besuch dabei sind wird.
- Als neues Ratsmitglied darf speziell Andreas Sutter (GL) begrüsst und willkommen geheissen werden.
Dieser wird von Anita Baumgartner der Grünen Fraktion kurz vorgestellt: Ihr neuer Fraktionskollege Andreas Sutter (GL) ist ein zugezogenes Landei. Er ist verheiratet mit einer echten Liestalerin, ist Vater von drei Kindern und wohnt mit seiner Familie am Weidweg. Er führt ein Gartenbauunternehmen in Lausen mit 9 Mitarbeitern und will eine nachhaltige und effiziente Zukunft mitgestalten.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen. Im Anschluss an die Pause findet die «Fragestunde» statt.

Neue persönliche Vorstösse

- Trifluoressigsäure – Interpellation «Trifluoressigsäure (TFA) Chemikalien im Grund- und Trinkwasser der Stadt Liestal und des Kantons Baselland» von Lukas Flüeler und Matthias Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2025-28)
- Trifluoressigsäure – Interpellation «Belastung des Liestaler Trinkwassers mit Trifluoressigsäure (TFA) von Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2025-29)
- Arbeitsbedingungen menschenwürdig und rechtmässig – Interpellation für menschenwürdige und rechtmässige Arbeitsbedingungen in Liestal» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion (Nr. 2025-30)

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert zum Umbau Rathaus. Wir haben das Nachfolgende heute noch als Mitteilung aufgeschaltet. Vielleicht ist es der einen oder dem anderen aufgefallen, wenn man ins Rathaus reinläuft, stehen im obersten Stock ein Gerüst und Farbkessel. Dabei handelt es sich nicht um einen Frühlingsputz oder etwas, sondern wir sind bestrebt, dass wir die Dienstleistungen der Stadt für die Bevölkerung besser anbieten können, welche zum Teil über verschiedene Stöcke im Rathaus angeboten worden sind. Entsprechend gibt es hier kleinere Umbauten. Am Schluss profitiert die Bevölkerung davon, dass man möglichst alles aus einer Hand im Erdgeschoss beziehen kann. Entsprechend gibt es auch Umzüge. Die Mitarbeitenden sind vorgängig informiert worden und das Projekt läuft jetzt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler hat eine Mitteilung zur Velostation-Eröffnung vom 1. Februar 2025. Wir hoffen, dass ihr euch alle angemeldet habt und um halb elf Uhr vor dem Gericht beim Bahnhof eintrefft. Es gibt dann ein kleines Event: Man geht hoch zum Sicherternplatz durch die Bahnstufunterführung. Man läuft dann den Sicherternsteg nach hinten und dort auf dem Plätzchen zwischen Velosteg und der Ausfahrt finden Reden und eine feierliche Eröffnung der Velostation statt. Es wird ein Band durchgeschnitten und es gibt in der Velostation Informationen, wie sie funktioniert. Anschliessend gibt es oben auf dem Sicherternplatz noch etwas zu essen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler orientiert zusätzlich zum Schwieri-Steg. Der ist immer noch nicht offen. Wir haben euch informiert und ihr habt die Medienmitteilungen erhalten, dass der weiterhin geschlossen werden muss und dass der Stadtrat jetzt auf das Enteignungsgericht Basel-Landschaft warten muss, bei dem eine Eigentumsübertragung eingefordert werden musste. Wie das herauskommt, das liegt jetzt nicht mehr an uns. Das war die Variante, die am Schluss noch möglich war, um innerhalb nützlicher Frist den Steg in Anspruch zu nehmen und zu bewahren.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Erklärungen abgegeben werden.

Traktandenliste

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig gemäss Einladung und E-Mail vom 15. Januar 2025 beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 18.12.2024

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung vom 18. Dezember 2024 eingegangen sind. Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 18.12.2024 wird einstimmig genehmigt.

2. Schulanlage Fraumatt, Erweiterungsbau – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung (Nr. 2024-12)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Da der beantragte Kredit dem obligatorischen Referendum unterliegt, ist dieses Geschäft vom Einwohnerrat in 2 Lesungen zu beraten. Nach der 2. Lesung an der Ratssitzung vom 26. Februar 2025 wird über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Peter Bürgin (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2024-12a vor: In der Beratung der BPK ist sehr schnell erkannt worden, dass die Schulanlage Fraumatt in Bezug auf den Schulraum schon seit längerem nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Mit dem Erweiterungsbau soll das Raumprogramm die Bedürfnisse für zwei Klassenzüge vollständig abdecken. Auch die zukünftig noch zunehmenden Bedürfnisse und Tagesstrukturen sollen mit dem Neubau aufgefangen werden. Es sind 18 Standorte und Positionen des Objekts geprüft worden. Der ausgewählte Standort ist in enger Zusammenarbeit mit der Baukommission und im AUE als bestmögliche Position beurteilt worden. Der Standort ist auch geologisch sehr gründlich untersucht worden. Die Einpassung des Erweiterungsbaus in den Hang hinein und die geplante Ausführung der Umgebung konnten mit dem Drohnenflug im digitalen Modell sehr eindrücklich aufgezeigt werden. Die Planung des Erweiterungsbaus der Schulanlage Fraumatt läuft schon seit knapp fünf Jahren. Nach einem Planerwahlverfahren wurde mit einem vorgegebenen Raumprogramm bis 2023 eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Anhand dieser Machbarkeitsstudie wurde vom Kanton eine Anpassung und Erweiterung des Raumprogramms gefordert, was vom Stadtrat im Mai 2023 beschlossen wurde. Die Machbarkeitsstudie wurde angepasst und das Vorprojekt mit dem erweiterten Raumprogramm wurde im August 2023 gestartet. Die Lehrpersonen wurden von Anfang an in die Planung einbezogen und sind auch in der Baukommission vertreten. Sie konnten ihre Bedürfnisse somit sehr früh anmelden. Gruppenräume und Korridore vor den Schulzimmern können als sogenannte Lernlandschaften genutzt werden. Brandschutztechnisch sind die Korridore so geplant, dass sie als Lernzonen aktiviert werden können. Auch die BPK hat sich vor Ort die aktuelle Situation direkt angeschaut. Für die BPK ist schnell klar geworden, dass aufgrund der baulichen Situation ein regulärer gesetzeskonformer Unterricht nur eingeschränkt möglich ist. Ab dem 6. fremdsprachigen Kind sollte eigentlich die Belegung in der Klasse doppelt gezählt werden. Bisher ist das jedoch mit einer vom Kanton bewilligten Ausnahmeregelung nicht gemacht worden. Auch dieser Missstand kann mit dem Erweiterungsbau behoben werden. Die Planung des Erdgeschosses mit der Aula und den Räumen für die Tagesstrukturen bietet eine sehr hohe Flexibilität für die schulergänzende Betreuung und für ausserschulische Anlässe, z.B. eine Veranstaltung im Quartier. Die SBK empfiehlt einstimmig, das Projekt in der geplanten Form umzusetzen. Aus Kostengründen wurde die Konstruktion in Beton gewählt. Die statischen Eigenschaften sowie die Schallschutz- und Brandschutzmassnahmen sind mit Beton einfacher und kostengünstiger zu realisieren als mit Holz. Zudem funktioniert Beton für den sommerlichen Wärmeschutz als Speichermasse besser als Holz. Das Gebäude wird nach den Minergieanforderungen geplant und gebaut. Es ist jedoch keine Zertifizierung geplant. Hingegen wird das Gebäude ans Fernwärmenetz angeschlossen und es wird auch auf dem Dach eine PV-Anlage installiert. Es ist ein sogenanntes Low-Tech-Gebäude. Dies bedeutet nicht einfach nur eine billige Ausführung. Bei der Low-Tech-Gebäudetechnik werden clevere Lösungen gesucht, die weder das Klima negativ beeinflussen noch hohe Betriebs- und vor allem auch keine hohen Unterhaltskosten verursachen. Die manuelle Lüftung über den Tag wird mit CO₂-Messungen unterstützt, die den Lehrpersonen angeben, wie lange gelüftet werden muss. Eine Brandmeldeanlage mit Brandschutztüren stellt sicher, dass die verschiedenen Bereiche optimal geschützt sind. Wie schon im Gestadeck ist auch im Fraumatt bei der Gestaltung der Umgebung eine Partizipation, vor allem der Schüler und der Lehrpersonen, geplant. Jetzt zur Würdigung: Die Präsentationen und die sehr umfassend sowie kompetent beantworteten Fragen sind von der BPK sehr positiv aufgenommen worden. Das Architekturbüro hat überzeugt durch langjährige Erfahrung im Schulbau und mit umsichtigem Denken. Das Projekt wird als

sehr gut geplant und optimiert beurteilt. Der Schulraum wird dringend benötigt und der Erweiterungsbau ist die Lösung für die zukünftigen Bedürfnisse im Fraumatt. Dennoch sind verschiedene Themen sehr unterschiedlich und kontrovers diskutiert worden. Es ist sehr negativ erwähnt worden, dass trotz des CO₂-Nettoziels der Stadt bis 2035 aus Kostengründen wiederum an einem öffentlichen Gebäude an energetischen Massnahmen gespart werden muss. Es ist sehr positiv erwähnt worden, dass gute technische Lösungen gefunden worden sind, die einerseits kostengünstig sind und andererseits auch im Betrieb keine zusätzlichen Unterhaltskosten auslösen. Dennoch sind die Gesamtkosten anhand der finanziellen Situation der Stadt als hoch beurteilt worden. Im Zusammenhang mit der Kostenentwicklung des Projekts ist zu hoffen, dass auch die Bevölkerung die Dringlichkeit und die Gesamtlösung positiv beurteilt. Die gesamte BPK ist sich einig, dass der Schulraum dringend benötigt wird, dass das vorliegende Projekt kostentechnisch optimiert wurde und dass die Schulanlage Fraumatt mit der schon bestehenden Infrastruktur der richtige Standort für den Neubau ist. Die Vorlage vom Stadtrat zum Erweiterungsbau der Schulanlage Fraumatt wird von der BPK trotz intensiver Diskussionen einstimmig angenommen. Die Bau- und Planungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Jonas Bischofberger (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass die SP-Fraktion sehr zufrieden mit dem Projekt sei. Sie sind erfreut, dass die LehrerInnenschaft von Anfang an stark einbezogen worden ist, dass das Fraumattquartier und seine Primarschule eine Bibliothek bekommt, die den Anforderungen entspricht und dass es genug Platz für die Tagesstruktur gibt. Für sie ist klar, dass es das Schulhaus dringend braucht. Das Fraumatt-Schulhaus ist heute völlig am Limit oder sogar darüber hinaus, wenn man bedenkt, dass Klassen an andere Schulhäuser ausgelagert werden müssen und dass die jetzige Situation ja nur dank einer Ausnahmegewilligung vom Kanton möglich ist. Ein Gebäude, das aus allen Nähten platzt, ist sicherlich keine förderliche Lernumgebung. Es ist auch richtig, dass mit diesem Projekt Nägel mit Köpfen gemacht werden, statt irgendwelche provisorischen Lösungen, wie zum Beispiel Container oder sonst etwas hinzustellen. Trotzdem müssen wir schon sagen, dass es besorgniserregend ist, dass erst jetzt eine Lösung kommt, dass wir hier also quasi schon Plan B oder sogar Plan C umsetzen, aber besser spät als nie. Natürlich müssen auch wir bei diesem Projekt Abstriche machen. Wir bedauern zum Beispiel, dass keine nachhaltigere Bauweise gewählt worden ist, auch wenn wir die finanzielle Überlegung dahinter durchaus nachvollziehen können. Denn das Schulhaus ist trotz dem Preisschild keine Luxuslösung. Es ist ein pragmatisches, bedürfnisorientiertes Projekt und wir sind überzeugt, dass das auch das Liestaler Stimmvolk an der Urne anerkennen wird.

Matthias Holinger (GL) führt als Fraktionssprecher der Grünen Fraktion aus, dass der Bedarf nach mehr Schulraum unumstritten ist. Dass Klassen ins Mühlematt-Schulhaus ausgelagert werden müssen, ist alles andere als ideal. Und dass die bestehende Nutzung offenbar nicht den aktuellen Vorgaben und Richtlinien entspricht, ebenfalls. Auch zeigen Prognosen der Anzahl Schüler und Schülerinnen für das Fraumatt-Schulhaus für die nächsten Jahre deutlich nach oben. Wir finden, dass das vorliegende Projekt eine gute und durchdachte Lösung ist, um die Raumprobleme des Fraumatt-Schulhauses für die nächsten Jahre zu beseitigen. Lobenswert finden wir es auch, dass die Lehrerschaft in die Planung miteinbezogen wurde und dass die Schüler und Schülerinnen bei der Umgebungsgestaltung mitwirken dürfen. So kann man hoffentlich sicherstellen, dass für alle Nutzer ein ideales neues Gebäude entstehen kann. Auch die Kapazitätserweiterung der Tagesstrukturen durch den Neubau erachten wir gerade für ein Quartier wie das Fraumattquartier als sehr wünschenswert. Einziger Wermutstropfen ist für uns, dass das neue Schulhaus nicht nach einem Niederenergiestandard gebaut wird. Wir denken, die Stadt hätte hier auch gegenüber der privaten Bauherrschaft eine Vorbildfunktion. Der Kanton schreibt in seiner eigenen Richtlinie für seine Neubauten den Minergiestandard P-Eco verbindlich vor. Auch die Stadt hat sich im Energieleitbild 2030 vorgenommen, eigene Neubauten im Minergie-P-Standard auszuführen. Dass das jetzt bei der Schulanlage Fraumatt nicht der Fall sein wird, bedauern wir sehr. Die geplante Low-Tech-Gebäudetechnik erfüllt nicht einmal die tiefsten von allen möglichen Niederenergiestandards. Denn diese schreiben alle eine kontrollierte und automatische Lüftung vor, die das neue Fraumattschulhaus

nicht haben wird. Vorgesehen sind Raum-CO₂-Messgeräte, die der Lehrerschaft dann anzeigen sollen, dass sie jetzt ein Fenster aufmachen müssen. Dass hier so manches Fenster vermutlich im Winter länger offenbleiben wird als nötig, ist schwer zu vermuten. In einer nächsten Planungsphase ist dann doch noch irgendeine Lüftung zu prüfen und das klingt für mich irgendwie nicht sehr durchdacht. Ein weiterer Punkt ist uns noch wichtig: Die neue Umgebung soll unbedingt so ausgeführt werden, dass sie den aktuellen Ideen und Vorstellungen von einer biodiversen Landschaftsgestaltung im Siedlungsraum entspricht. Seine Fraktion wird dieser Vorlage trotzdem zustimmen, da die Platznot erdrückend zu sein scheint und die Dringlichkeit gut nachvollziehbar ist. Bei allfälligen zukünftigen Neubauten der Stadt werden wir aber aufs Bauen nach einem Niederenergiestandard bestehen und wir überlegen uns auch, das Anliegen mit einem Vorstoss zu unterstützen.

Werner Fischer (FDP) informiert als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass schon viele löbliche Worte über das Schulhaus gesagt worden seien. Wir erzählen ja nicht immer doppelt etwas. Ich widme mich noch zwei bis drei kritischen Punkten am ganzen Projekt. Es ist noch nicht lange her, an unserer letzten Sitzung im Dezember, an der Budget-Sitzung, da hat uns der Stadtpräsident noch einmal daran erinnert, dass sich die FDP bitte auf die Verhältnismässigkeit bei finanziellen Sachen und nicht auf Kleinigkeiten wie 300'000 Franken konzentrieren solle. Das machen wir sehr gerne, wir reden hier über eine 10-Millionen-Kiste, das sind über 10% des Budgets. Der Weg stört uns ein bisschen, wie das Ganze aufgegleist worden ist in der BPK. Und zwar haben wir viel zu lange, viel zu tiefe Kosten angenommen. Am Schluss ist es dann aus vielen verschiedenen Missständen und Platzansprüchen plötzlich zu einem 10-Millionen-Projekt geworden. Auch wenn uns die Planer eindeutig erklärt haben, dass es aus diversen Gründen nicht günstiger geht. Ursprünglich war im EP einmal eine Elementbauweise angedacht. Eine Elementbauweise ist kein Container-Dörfchen. Eine Elementbauweise ist einfach eine kostengünstige Art und Weise, wie man das Schulhaus heute günstiger bauen kann und genau gleich viel bekommt. Es wurde angesprochen, dass es ein sehr flexibler Bau ist und diverse Sachen gut abgedeckt werden. Flexibilität kostet einfach vielmals immer etwas mehr. Wir hätten es sehr gerne begrüsst, wenn man vielleicht eine Copy-Paste-Lösung gemacht hätte, irgendein Schulhaus, das bereits in dieser schönen Schweiz gestanden ist. Eine dieser Varianten, als dann nochmal ein massgeschneidertes Schulhaus zu bauen für die Stadt Liestal, wo die finanziellen Mittel bei uns knapp sind. Man sagt uns jede Sitzung, wenn wir eine gute Idee haben, denkt daran, wir haben kein Geld für solche Sachen. Alleine das Architektenhonorar kostet auch wieder 2 Millionen für das ganze Gebäude. Vielleicht hätte man ein bestehendes Haus anschauen, das Projekt abkaufen und eine günstige Lösung bauen können. Die Elementbauweise wurde nie in der BPK vorgeschlagen und diskutiert, was wir nachher etwas bedauert haben. Das Raumangebot wurde grosszügiger, weil wir mehr Platz im Laufe der Zeit brauchten, das können wir verstehen. Und natürlich drängt es wieder einmal mehr in der BPK. Dieser Schulraum wird dringend benötigt. Wir sind alle in Zeitnot, auch wir hier, weil wir schon zwei Schritte in Verzögerung sind. Die FDP/Mitte-Fraktion sieht natürlich auch, dass wir hier wieder einmal mehr mit dem Rücken zur Wand stehen. Wir werden diese Kröte schlucken, ohne grosse Begeisterung, und im Schluss einstimmig hier zustimmen. Das letzte Wort hat der Stimmbürger. Ich hoffe einfach, es kommt gut.

Markus Rudin (SVP) orientiert als SVP-Fraktionssprecher, dass in der BPK sehr schnell erkannt worden sei, dass die Schulanlage Fraumatt seit längerer Zeit nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Neben der Auslagerung von schon zwei Klassen in das Mühlematt-Schulhaus, musste auch die Abwartswohnung als Schulraum umgenutzt werden und verschiedene Räume waren einfach nicht mehr zeitgemäss und zu klein. Mit dem Erweiterungsbau sollte das Raumprogramm für die Bedürfnisse von zwei Klassenzügen vollständig abgedeckt werden. Auch zukünftig nehmen die Bedürfnisse an Tagesstrukturen zu und sollen mit dem Neubau abgefangen werden. Wie wir schon gehört haben, sind 18 Standorte und Positionen geprüft worden. Der Standort ist für uns in Ordnung, da dort schon ein Schulhaus ist. Es ist auch als bestmögliche Position beurteilt worden. Geologisch hat man das gründlich untersucht. Der Erweiterungsbau stützt den Hang und gleichzeitig das gesamte Schulareal. Die Planung für den Erweiterungsbau läuft schon seit fünf Jahren. Was auch positiv ist, dass die

Lehrpersonen von Anfang an in die Planung einbezogen worden und auch in der Baukommission vertreten sind. So konnten sie ihre Bedürfnisse auch früh anmelden. Die Umgebungsgestaltung, wie auch schon am Schulhaus Gestadeck, wird im Fraumatt mit den Schülern und den Lehrpersonen geplant und dann hoffentlich auch so ausgeführt. Im Zusammenhang mit der Kostenentwicklung von diesem Projekt ist zu hoffen, dass die Bevölkerung, die schlussendlich darüber abstimmt, die Dringlichkeit sieht und für die Gesamtlösung zu haben ist. Die BPK war einstimmig der Ansicht, dass der Schulraum dringend benötigt wird und dass das vorliegende Projekt auch kostentechnisch optimiert wurde. Wir haben einmal gehört, dass es eigentlich noch teurer geworden wäre. Sie haben dort über eine Million eingespart, sodass die Infrastruktur der richtige Standort für den Neubau ist. Die Bau- und Planungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Anträgen des Stadtrats zuzustimmen.

Sonja Niederhauser (EVP) hält als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion fest, dass schon extrem viel zu dieser Vorlage gesagt worden sei. Der Bedarf ist unbestritten. Heute können wir mit den Räumen, die wir haben, den kantonalen Vorgaben nicht ganz entsprechen. Es ist darum richtig und wichtig, dass man etwas macht. Die heutige Tagesstruktur hat Platz für zwölf Schüler und Schülerinnen. Das ist extrem wenig im Verhältnis zu der Gesamtzahl an Schülern, die dort auf dem Platz vorhanden sind, heute schon. Also der Bedarf ist definitiv unbestritten. Es ist auch nicht ganz so ein einfaches Projekt, weil man zusätzlichen Schulraum machen will, ohne dass man den Pausenplatz und den Sportplatz reduziert. Denn mehr Schüler brauchen auch mehr Platz, das ist also mehr Fläche für aussen, das ist völlig logisch und darum sind wir überzeugt, dass auch der Standort, der gewählt worden ist, der Richtige ist. Auch schon gesagt worden sind die Zusatzfunktionen, die der Erweiterungsbau an diesem Standort für die Hangstabilisation hat. Aber auch die Herausforderung mit dem Hangwasser, das unter dem Schulbau durchgehen muss, ist berücksichtigt worden. Das ist ja etwas, das häufig auch erst auffällt, wenn man das Projekt vertiefter anschaut. Und das ist das, was uns gefällt an diesem ganzen Projekt, an diesem Erweiterungsbau. Es ist nicht einfach nur mal grob abgeschätzt, sondern es ist wirklich in einem Detaillierungsgrad angeschaut worden, dass wir nicht mit grossen zusätzlichen Überraschungen rechnen müssen. Es liegt ein Projekt in einer sehr hohen Qualität vor und dafür danken wir auch dem Stadtrat und der Verwaltung. Ich möchte aber auch noch kurz etwas in Richtung FDP sagen. Elementbauweise ist eine gute Idee. Aber man kann ja im Verlauf des Projekts auch schlauer werden. Und es hätte mich enttäuscht, wenn die Stadt Liestal das nicht gemacht hätte. Dann haben wir den Vergleich mit den 10 Millionen. Wir können verschiedenste Schulhäuser anschauen. Es gibt ganz viele, die massiv teurer sind als 10 Millionen. Gerade darum haben wir das Projekt Gestadeck redimensioniert und darum braucht es eben auch den zusätzlichen Schulraum im Fraumatt. Ich glaube, mit 10 Millionen sind wir durchoptimiert. Wir haben Kosten gespart, ohne dass es zu sehr zu Lasten der zukünftigen Nutzer gehen sollte. Wenn wir den Preis ansehen und natürlich sind 10 Millionen viel, von irgendwoher muss das Geld kommen. Aber wenn wir es vergleichen mit einem Einfamilienhaus und dann hochrechnen, was wir zusätzlich an Fläche haben, dann sind wir gut drin mit dem Preis. Aber nichtsdestotrotz müssen wir vorsichtig sein, wie wir das Geld ausgeben. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, eine Investition in den Schulraum ist eine Investition in unsere Kinder und in unsere Zukunft. Ich glaube, das ist das, was wir machen müssen und was wir auch alle wollen. Alles in allem sind wir überzeugt von dieser Vorlage und werden die so auch unterstützen und hoffen, dass die Stimmbürger das dann wirklich auch so sehen. Ich glaube, es ist ein Erweiterungsbau am richtigen Ort in Liestal.

Séverine Salathe (SP) äussert sich, dass eigentlich das meiste schon gesagt worden sei. Was ich aber schon noch richtig und wichtig finde ist doch, dass wir in Liestal gut im Feuerlöschen sind und das ist uns auch allen bewusst. Und ich habe auch das Gefühl nach der SBK-Besprechung, dass auch dieses Projekt dringend nötig ist. Es muss jetzt hin, es hätte schon früher kommen müssen. Der Schulraum wird gebraucht und ich glaube, wenn wir dort sparen, sparen wir einfach definitiv am falschen Ort. Wie es Sonja Niederhauser (EVP) total schön gesagt hat, es ist eine Investition in unsere Kinder und in die Bildung. Und ich glaube, das ist ein Gut, bei welchem wir nicht die Rappen spalten müssen, sondern wirklich hinschauen sollten, dass wir gute Projekte bauen. Ich durfte mir ein bisschen ein näheres Bild machen und

bin sehr überzeugt davon, dass sehr gut geplant wurde, dass vor allem auch ein guter Schulraum geplant wurde, der sehr flexibel ist. Dies auch für die Lehrpersonen, die so etwas flexiblere Unterrichtsmöglichkeiten haben, was sie sehr hervorheben möchte. Die Lehrpersonen und auch die SchülerInnen sind von Anfang an auch partizipativ miteinbezogen worden, was sie gut findet und auch hervorheben möchte.

Richard Gafner (FDP) möchte kurz festhalten, dass die FDP überhaupt nicht dagegen sei, dass dort unten Schulraum gebaut und genügend Raum zur Verfügung gestellt werde, der die nächsten Jahre abdeckt. Denn jede andere Lösung kostet mehr, wenn man nachher wieder handeln muss. Das Einzige, das uns am Herzen liegt, ist, dass man nicht einmal eine Copy-Paste-Lösung von einem anderen Schulhaus beispielsweise angeschaut oder dass man nicht alternative Bauweisen angeschaut hat. Das ist der einzige Kritikpunkt von unserer Seite.

Bernhard Bonjour (SP) möchte sich zu zwei Punkten äussern. Werner Fischer (FDP) hat gesagt, er hoffe, dass es dann gut kommt. Da steht auch die FDP in der Pflicht, denn es gibt eine Volksabstimmung und also müssen wir auch etwas dafür tun, dass es gut kommt. Das Zweite ist, dass er schon etwas erschrocken ist, als er erfahren hatte, dass man den Klassenbildungsplan und die diesbezüglichen Vorschriften nicht eingehalten hat. Es brauchte eine Ausnahmegewilligung vom Kanton und hier wird nun die Doppeltzählung von fremdsprachigen Kindern ebenfalls nicht berücksichtigt. Und gerne hätte er noch eine Antwort auf seine Frage: Ist man sicher, dass man die Ausnahmegewilligung nicht mehr braucht? Und braucht man diese auch in keinem anderen Schulhaus?

Stadtrat Daniel Muri blendet ein bisschen zurück für die neuen Mitglieder im Rat. Der Befreiungsschlag, im Gestadeck-Schulhaus für 35 Millionen einen Sechszüger mit zusätzlicher Turnhalle zu realisieren, ist im Jahre 2017 verworfen worden. Danach haben wir eine Schulraumstrategie aufgestellt, nämlich zusätzlichen Schulraum an dem Standort, wo bereits Turnhallen zur Verfügung waren, bereitzustellen. Denn Turnhallen sind der wesentliche Kostentreiber und Energietreiber. Somit wird mit dem Ergänzungsneubau im Fraumatt die Strategie weiterverfolgt und steht somit auch für Kontinuität, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Mit einer Photovoltaikanlage, Anschluss an die Fernwärme, Recyclingbeton und anderen umweltverträglichen Massnahmen im Aussen- und Innenbereich, verfolgt der Stadtrat weiter das Ziel einer nachhaltigen Bauweise. Das im Bewusstsein, auch von der Finanzlage, begleitet von einer ebenso angestrebten ökonomischen bzw. wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Das ist eben auch nachhaltig. Der Stadtrat ist überzeugt davon, dass die Stimmbevölkerung unseren gemeinsamen Anstrengungen folgen wird und somit dem Vorhaben, mehr guten Schulraum bieten zu können, zustimmen wird. Ich möchte daran erinnern, dass wir den Rosen-Pavillon, in dem fünf Klassen Platz haben, den wir jetzt schon ein paar Mal als Puffer gebraucht haben, für 700'000 Franken ertüchtigt haben. Also, ich lasse mir das nicht vorwerfen, dass man das Geld zum Fenster rauswirft. Ich möchte auch wieder daran erinnern, wie wir immer bemüht sind, möglichst gute und auch finanzielle Lösungen zu finden. Ihr mögt euch erinnern, in der Vergangenheit ist man mit Machbarkeitsstudien mit +/- 20 % gekommen. Heute sind wir bei 10 %, was ja Sonja Niederhauser (EVP) hervorgehoben hat. Das heisst, im Vorlauf kostet das halt mehr und im Nachhinein haben wir jetzt ein schon fast pfannenfertiges Projekt, worauf wir uns freuen. Bedanken möchte er sich noch für die angeregten Diskussionen in der BPK.

Stadtrat Lukas Felix möchte sich im Namen der Primarschule Liestal, also der Bestellerin, für die gute Zusammenarbeit in den Kommissionen BPK und SBK bedanken. Ich glaube, wir haben insbesondere mit der Besichtigung im Rahmen der SBK-Sitzung im bestehenden Fraumatt-Schulhaus sehr gut aufzeigen können, was der Mangel an Raum im täglichen Leben der Lehrpersonen und der Kinder bedeutet. Es ist vorher nett gesagt worden und er würde es so ausdrücken, dass wir halt eigentlich schon unhaltbare Zustände für die Unterrichtung haben und dies so nicht länger akzeptieren können. Als weiteres möchte ich mich beim Bereich Hochbau/Planung bedanken, der die Bedürfnisse der Schule immer sehr gut aufgenommen hat und ins vorliegende Bauprojekt einfliessen liess, soweit das die finanzielle Situation der Stadt Liestal zugelassen hat. Es war also kein Wunschkonzert, sondern ein auf Bedürfnisse

abgestimmtes Projekt, bei dem alle irgendwo Kompromisse machen mussten. Dann möchte ich noch etwas zur Beststellungsänderung sagen, die ihr ein bisschen kritisiert habt. Und ich möchte mich bedanken bei Sonja Niederhauser (EVP), die das sehr schön aufgenommen hat. Wir sind wirklich schlauer geworden in allen Enden, im Hochbau aber auch bei der Schule betreffend Sachen, die nicht funktionieren. Ein Beispiel ist die Tagesstruktur und die Aula. Dass man diese trennen muss, das ist ein Learning, das wir in anderen Schulbauten gesehen haben. Es führt einfach unweigerlich zu Nutzungskonflikten, wenn die Tagesstrukturen und Aula den gleichen Raum benutzen müssen. Im jetzigen Bauprojekt ist vorgesehen, dass es eine eigenständige Tagesstruktur gibt, die natürlich von der Schule auch genutzt werden kann am Morgen, wenn keine Tagesstruktur ist. Aber der Raum hat die erste Nutzung als Tagesstruktur. Und die Aula, die die erste Nutzung durch die Schule hat, die immer Priorität hat, die aber für die Tagesstruktur als Ausweichmöglichkeit genutzt werden könnte, falls sich doch mehr Kinder dort anmelden. Ein weiterer wesentlicher Punkt in der Beststellungsänderung ist die Grösse der Gruppenräume. Vor mehreren Jahren konnte ich in das Fraumatt-Schulhaus gehen, um zu schauen, wie gross die Gruppenräume sind. Mir ist aufgefallen, dass in diesem Gruppenraum beim besten Willen kein Gruppenunterricht stattfinden kann. Dann stelle ich mir schon die Frage, wieso planen wir etwas, was wir nachher gar nicht brauchen können, was die Schule gar nicht brauchen kann? Ich glaube, das ist das, was ich dort antworten kann. Und wenn wir jetzt schon merken, dass wir es nachher nicht brauchen, dann müssen wir es doch nicht einfach bauen und nachher immer wieder kommen immer wieder mehr Schulraum fordern. Dann noch ein Wort zu Copy-Paste. Es ist nicht ein neues Schulhaus, sondern dort gibt es schon Klassenzimmer und dort gibt es schon gewisse Räumlichkeiten. Das heisst, man kann nicht einfach hingehen und sagen kann, dass wir jetzt einfach fünf Klassenzimmer hinstellen, sondern es braucht auch andere Räume. Es hat eine Bibliothek gebraucht, es hat jetzt eine Aula gebraucht, es hat eine Tagesstruktur gebraucht und dann hat es auch noch Klassenzimmer gebraucht. Das heisst, die Bedürfnisse waren schon sehr individuell. Ich glaube nicht, dass man einfach ein Objekt, das dann auch noch in die Landschaft passt, gerade gefunden hätte. Dann noch etwas zur Frage von Bernhard Bonjour (SP) zu den fremdsprachigen Kindern. Genaue Zahlen kann ich er natürlich nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln. Da müsste er mal eine Frage in «Fragestunde» stellen oder eine Interpellation einreichen. Es wäre sehr spannend, das genau anzuschauen. Die Situation so besteht im Wesentlichen mit grosser Wahrscheinlichkeit an zwei Standorten. Das ist im Fraumatt-Schulhaus offensichtlich und auch noch im Frenken-Schulhaus. Wie es bei den kleineren zwei Schulhäusern Gestadeck und Mühlematt aussieht, kann er nicht einfach so sagen. Die Stadt Liestal hat die Bewilligung bekommen vor vielen Jahren, als die sogenannte Sprachlerngruppe ins Leben gerufen wurde. Und damals hat man sich das bewilligen lassen, dass man auf die Doppelzählung verzichten kann. Das gibt es schon relativ lange. Das ist gemäss Bildungsgesetz des Kantons Basel-Landschaft auch zulässig. Also diese Ausnahmegewilligung kann man bekommen. Ich bin absolut bei dir. Die Situation hat sich weiterentwickelt. Wir haben mehr und mehr fremdsprachige Kinder. Das sind nicht nur Asylsuchende in der Schweiz, sondern auch weitere fremdsprachige Leute, die zugezogen sind. Und das führt zu sehr herausfordernden Situationen in gewissen Klassensystemen. Ihr habt es in der Vorlage auch lesen können, die wir hier geschrieben haben, dass es bis zu 100% fremdsprachige Kinder in einer Klasse sind. Dann kann man sich vorstellen, was das für Situationen sind. Der Schulrat hat aber jeweils bei der Klassenbildung darauf geachtet, dass man diese Klasse nicht auf 24 Kinder auffüllt. Einfach das einmal als eine erste Information dazu.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Das Geschäft wird in 2. Lesung an der nächsten Sitzung vom 26. Februar 2025 nochmals beraten.

3. Mattenstrasse: Kreditvorlage für Wasserleitungersatz und Strassensanierung (Nr. 2024-27)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Von der Grünen Fraktion wird der Antrag für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage gestellt, wozu sich diese nun kurz äussern möchte.

Anita Baumgartner (GL) begründet den Antrag der Grünen Fraktion auf Direktberatung damit, dass man wisse, wie die Mattenstrasse aussehe, weil man schon ein paar Mal durchgefahren sei. Wir haben auch schon mehrfach gehört, dass man dort flicken musste. Für uns ist völlig unbestritten, dass man da sanieren muss. Wir finden, es ist gut ausgeführt in der Vorlage und wir sehen keinen dringenden Grund, dass wir dies in die BPK in die Vorberatung geben müssten. Darum finden wir, wir könnten es auch direkt beraten.

Werner Fischer (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass es schön sei, dass es verschiedene Meinungen gebe. Es gibt gute Gründe, dass man das in die BPK geben kann. Das eine ist, wir haben es schon beim «Reservoir Burg» diskutiert, dass man zum ersten Mal ökologische Grundsätze berücksichtigt hat bei der Submissionsvergabe. Das würde mich sehr interessieren, ob das da auch hier wieder der Fall ist. Ich denke, das wäre für mich ein Meilenstein gewesen, dass man in der heutigen Zeit die ganzen Bausachen etwas mehr unter einem ökologischen Aspekt anschaut. Der Auftrag wurde im Einladungsverfahren vergeben. Da würde mich noch interessieren, wieso es keine öffentliche Submission für das Ganze gegeben hat. Das Ingenieurshonorar ist relativ hoch. Allfällig könnten wir den Auftrag pauschalisieren, damit wir keine Mehrkosten haben nachher. Das wäre eine Sache, die ich gerne in einer BPK anschauen würde, dass man das dann auch hier vertieft beraten könnte. Auch hier geht es wieder um eine halbe Million Franken. Wir sind vorher ein bisschen kritisiert worden wegen den Kosten. Es gibt Schulhäuser, die 6 Millionen kosten. Bernhard Bonjour (SP) hat bewiesen, dass man eine hervorragende Arbeit leisten kann in einem Low-Cost-Schulhaus. Ich frage dann gerne mal bei einer anderen Situation, nicht heute, wo denn die Prioritäten sind in diesem Rat, um mal etwas zu sparen. Diese Vorlage würde man gerne in die BPK geben.

Sonja Niederhauser (GLP) führt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion aus, dass es in der Fraktion diskutiert worden und gesagt worden sei, die GLP/EVP-Fraktion sei für eine Direktberatung, wenn es keinen grossen Diskussionsbedarf gebe. Der Diskussionsbedarf ist angemeldet worden, entsprechend sind wir für die Überweisung an die BPK.

Markus Rudin (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass die SVP der gleichen Meinung sei. Wir wissen ja, bei diesen Beratungen in der BPK sieht man gewisse Sachen oder kann man gewisse Dinge besprechen, was man jetzt so schnell nicht sieht. Und man hat sich gar nicht richtig vorbereiten können, weil wir eigentlich davon ausgegangen sind, dass man es überweist an die BPK. Also unsere Fraktion ist auch für eine Überweisung an die BPK.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die beiden vorliegenden Anträge abstimmen lässt.

://: Der Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2024-27 an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird von 23 Ratsmitgliedern grossmehrheitlich unterstützt, dem Antrag der Grünen Fraktion für eine Direktberatung stimmen 13 Ratsmitglieder zu und 2 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

4. Reglement über die Feuerungskontrolle, Totalrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente GOR (Nr. 2024-13)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Der stadträtliche Antrag gemäss Vorlage Nr. 2024-13 wird vom Stadtrat zurückgezogen und von diesem der GOR-Antrag sowie das überarbeitete Reglement gemäss Vorlage Nr. 2024-13a unterstützt. Somit wird an der heutigen Sitzung über die Anträge der GOR beraten und beschlossen.

Corinne Hügli (GLP) stellt den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2024-13a vor. Die GOR-Kommission hat die Vorlage zur Totalrevision des Reglements über die Feuerungskontrolle in einer Sitzung am 29. Oktober 2024 sorgfältig geprüft. Hintergrund dieser Totalrevision ist die Anpassung an die kantonale Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden, welche neu auch die Kontrollen von Holzfeuerungen bis 70 Kilowatt umfasst. Liestal entscheidet sich mit dieser Revision neu für das liberalisierte Modell für die Kontrollen von Öl-, Gas- und neu auch Holzfeuerungen. Das bedeutet, dass Messungen von anerkannten Servicefirmen durchgeführt werden dürfen, wie das auch unsere Nachbargemeinden erfolgreich schon praktizieren. Die GOR-Kommission hat diverse Anpassungen an dem vom Stadtrat eingereichten Reglement vorgenommen. Mehrheitlich sind diese alle formeller Natur, was man der Synopse entnehmen kann. Neben sprachlichen Präzisierungen wurden auch wenige inhaltliche Anpassungen vorgenommen. Das betrifft insbesondere die beiden §§ 6 und 13. Bei § 6 Abs. 1 hat die Kommission die Formulierung verschärft. Das heisst, sie hat aus einer «Kann-Bestimmung» eine «Muss-Bestimmung» gemacht. Neu ordnen die Kontrollorgane der Stadt bei einer Überschreitung der Grenzwerte aus der Luftreinhalteverordnung eine Einregulierung von Feuerungsanlagen zwingend an und können das nicht nur bei einem Bedarf machen. Das schafft Klarheit und erhöht die Verbindlichkeit bei der Durchsetzung dieser Vorschriften. Bei § 13 Abs. 5 ist die ursprüngliche Nennung des Begriffs «Nachbarschaftsklagen» aus dem Paragraphen gestrichen worden. Es reicht aus Sicht der Kommission aus, wenn im Reglement steht, dass bei Hinweis auf einen nicht gesetzeskonformen Betrieb von einer Einzelraumfeuerung eine ausserordentliche Kontrolle angeordnet werden kann. Ob eine Nachbarschaftsklage vorliegt oder nicht, spielt dabei keine Rolle und es ist somit auch nicht nötig, dass man sie in die Formulierung reinnimmt. Ich komme jetzt zu den zwei GOR-Anträgen. Ein kleiner, aber wichtiger Punkt betrifft den zweiten Antrag. Dort ist mir ein sprachlicher Fehler unterlaufen. Im GOR-Bericht steht dort fälschlicherweise, dass der Einwohnerrat das Reglement «genehmigt». Das ist aber nicht so, denn er kann dieses nur «beschliessen» und im Nachgang wird dann das Reglement vom Kanton genehmigt.

Simon Fluri (FDP) führt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher aus, mit der Revision vom Reglement für Feuerungskontrollen sei schon gesagt worden, dass drei wichtige Punkte umgesetzt werden konnten. Zum einen die Umstellung vom nicht liberalisierten auf das liberalisierte System, zum anderen der Einbezug der Holzfeuerungen von unter 70 Kilowatt und eben auch entsprechend der Nachvollzug von kantonalem Recht. Das Reglement ist somit auf einem neuen Stand und die FDP/Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und unterstützt die Anträge der GOR.

Michael Durrer (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass es spannend gewesen sei, das Reglement in der Kommission Punkt für Punkt durchzudiskutieren, welches ja auf relativ klaren Vorgaben des Kantons basiert. Die offenen Punkte mit dem neuen Modell, wie man es neu machen will, da ist uns versichert worden, dass damit andere Gemeinden gute Erfahrungen gemacht haben. Entsprechend werden wir als Grüne Fraktion die Anträge unterstützen. Ich bedanke mich auch für den sehr guten Bericht der neuen Präsidentin. Wir werden dem so folgen.

Markus Rudin (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass jetzt alle schon so positiv gesprochen hätten, da gebe es für ihn nicht mehr viel zu sagen. Er möchte auch einmal der Verwaltung danken. Die übersichtliche Synopse hat ihm schon imponiert, weil man bei früheren GOR-Sitzungen die Synopsen auch schon selbst erstellen musste. So konnten wir das Reglement auch in einem Abend beraten. Auch die Präsidentin hat Superarbeit geleistet, was er verdanken möchte. Unsere Fraktion unterstützt beide GOR-Anträge.

Bernhard Bonjour (SP) orientiert als SP-Fraktionssprecher, dass die SP einstimmig für beide Anträge der Kommission sei. Er möchte nur noch zwei Bemerkungen machen. Erstens, ich finde es schon wichtig, das sieht man auch an diesem Geschäft, dass es wichtig ist, dass es die GOR-Kommission gibt und dass sie sorgfältig die Sachen anschaut. Nicht nur zur Freude von Michael Durrer (GL), damit er auch wieder einmal das Spektakel erleben kann, sondern ich finde es auch inhaltlich wichtig. Also die Änderung, dass zum Beispiel, wenn die Vorschriften nicht eingehalten werden, dass dann nicht etwas angeordnet werden kann, sondern angeordnet werden muss, finde ich einen wichtigen inhaltlichen Punkt, den die GOR entdeckt hat und gesagt hat, es soll so sein. So Reglemente müssen wirklich sorgfältig angeschaut werden und diese Zeit müssen wir uns nehmen. Und die zweite Bemerkung ist, dass wir schon wieder im Verzug sind. Eigentlich hätte das Reglement im Sommer schon beschlossen sein sollen laut Vorgaben des Regierungsrates. Es ist überhaupt nicht schlimm, dass wir im Verzug sind, es macht gar nichts aus. In der Praxis oder inhaltlich ist das in Ordnung so. Aber es zeigt auch wieder einmal, unsere Verwaltung ist am Anschlag und hat enorm viel zu tun und dann gibt es manchmal halt solche Verzüge. Und von daher finde ich es nachträglich eine Rechtfertigung. Man sieht an diesem Beispiel auch, dass wir in der Budget-Sitzung richtig beschlossen haben, als wir gesagt haben, wenn es nötig ist, muss man halt Stellen aufstocken. Und das müssen wir auch in Zukunft rechtzeitig machen.

Stadtrat Daniel Muri fasst sich kurz und dankt im Namen des Stadtrates und der Verwaltung für die engagierte Beratung und die gute Zusammenarbeit in der GOR. Auch mit was für einer Geduld und Präzision Corinne Hügli (GLP) die Sitzung geführt und geleitet hat. So macht das Zusammenarbeiten auch Freude.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren bezüglich dem 1. GOR-Antrag «Der Einwohnerrat beschliesst die von der GOR beantragten Änderungen gemäss Synopse in der Beilage 2» angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die von der GOR beantragten Änderungen gemäss Synopse bzw. Beilage der ER-Vorlage Nr. 2024-13a.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat auch keine weiteren Wortbegehren bezüglich dem geringfügig angepassten 2. Antrag «Der Einwohnerrat beschliesst die Totalrevision des Reglements über die Feuerungskontrolle gemäss stadträtlicher Vorlage mit den gemäss Ziffer 1 beschlossenen Änderungen» angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die von der GOR beantragte Totalrevision des Reglements über die Feuerungskontrolle gemäss stadträtlicher Vorlage sowie den von der GOR beantragten und vorgängig beschlossenen Änderungen gemäss ER-Vorlage Nr. 2024-13a.

5. Sicherheit in Liestal – Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2024-15)

Stadträtin Pascale Meschberger erklärt, dass der Stadtrat das Postulat gerne übernehme und zwar so im Sinne, dass es eine gute Gelegenheit sei, einmal zu berichten, wie das Sicherheitsdispositiv in Liestal aussehe, was der Stadtrat mache, was ihre Verantwortlichkeiten seien und was die Verantwortlichkeit der Kantone. Also wir nehmen das gerne als Gelegenheit wahr.

Domenic Schneider (GLP) meint als Postulant, er fühle sich sicher in Liestal. Und ich glaube, es geht ganz vielen so. Die können problemlos am Wasserturmplatz durchlaufen und das sagen, auch wenn es irgendwann eine Schlägerei gibt oder zwei miteinander streiten. Das hatten wir auch schon gehabt, als wir jung waren. Aber es gibt ganz viele Menschen, denen geht es nicht so. Die fühlen sich nicht so sicher, die kommen teilweise auf mich zu und haben mir auch gesagt, ich laufe nicht mehr gerne alleine über den Wasserturmplatz. Andere sagen mir, dass sie scheinbar schon angepöbelt worden seien auf dem Wasserturmplatz. Andere beklagen sich über die Sicherheit in den Wohnquartieren, über Diebstähle etc. Sehr viel also Hörensagen. Ich kann es nicht beurteilen und genau um das geht es eigentlich. Es geht nicht darum zu sagen, es ist schlimm in Liestal oder es ist überhaupt nicht schlimm in Liestal. Sondern, dass eben, wie Stadträtin Pascale Meschberger auch gesagt hat, die Stadt einmal die Gelegenheit bekommt, uns aufzuzeigen, wie es wirklich ist und nachher, basierend auf den Fakten, allenfalls Massnahmen auf der richtigen Stufe umzusetzen oder anzustossen, wenn das nötig ist. Das heisst, die Kommunikation mit uns, aber auch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Liestal, um aufzuzeigen, was nämlich die Stadt alles schon macht. Denn das ist nicht wenig. Die Stadt macht schon ganz viel für die Sicherheit, dafür, dass Junge auch am Abend wissen, wie sie sich vielleicht verhalten sollten, etc. Da passiert schon sehr viel. Vielleicht hört man es nicht, vielleicht weiss man es einfach nicht. Und wenn jetzt mit diesem Postulat die Stadt berichten kann, was wirklich der Stand ist, wie es um die Sicherheit in Liestal steht, aber auch die Ängste der Liestalerinnen und Liestaler aufnehmen und wahrnehmen kann, um das geht es mir eigentlich, um mehr nicht. Und von dem her bedanke ich mich sehr, denn das ist genau das, was ich eigentlich möchte mit diesem Postulat, was Stadträtin Pascale Meschberger auch gesagt hat, was auch der Stadtrat gerne machen würde.

Michael Durrer (GL) äussert als Fraktionssprecher der Grünen Fraktion, dass es jetzt schon ein Moment her sei, seit das Postulat eingereicht worden sei. Ich habe das auf dem Rückweg aus meinen 10-tägigen Herbstferien gelesen und ich war irgendwie erstaunt und auch ein bisschen erschrocken. Er habe von „Messerstechereien“ und „erhebliche Beeinträchtigungen des Alltags“, der „Bildung einer Bürgerwehr“ gelesen und gedacht, was ist jetzt in diesen 10 Tagen los gewesen, in denen ich weg gewesen bin? Ich bin sehr froh um dieses einleitende Votum, denn mir ist es auch wichtig, zuerst einmal zu betonen, dass wir als gewählte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bei so einem Thema eine grosse Verantwortung haben. Und zwar haben wir die Verantwortung, wenn es solche Vorfälle gibt und das Sorgen oder Ängste bei Einwohnerinnen und Einwohnern auslöst, dass wir das ernst nehmen und uns darum bemühen, mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, dort eine Verbesserung hinzubringen. Es ist aber auch so, dass wir eine Verantwortung haben, gerade bei so einem Thema, dass man die Situation nicht aufheizt, dass wir einen kühlen Kopf bewahren. Das heisst insbesondere, dass man auf die Wortwahl achtet, dass wir Debatten sachlich führen, damit man nicht unnötig noch Ängste schürt. Jetzt ist es so, wir leben in einem der sichersten Länder der Welt, wir haben eine sehr niedrige Kriminalitätsrate. Aber Fakt ist auch, es hat auch Vorfälle gegeben in Liestal und es gibt Leute, die sich in ihrem Sicherheitsgefühl beeinträchtigt fühlen. Wir nehmen das Thema, wie ich gesagt habe, durchaus ernst. Wir sind ursprünglich auch ganz klar für die Überweisung gewesen. Wie ich gesagt habe, ist das aber jetzt schon eine Zeit her. Wir haben von Stadträtin Pascale Meschberger schon etwas gehört zu diesem Thema in einer Erklärung. Wir haben in den Kommissionen zuletzt auch zu diesem Thema gesprochen. Wir haben dort etwas gehört, was bereits läuft und was für Schritte eingeleitet worden sind. Und

es ist auch von Medien aufgenommen und behandelt worden. Das heisst, wir wissen jetzt schon, der Stadtrat ist sich der Thematik bewusst. Wir wissen auch, dass man dran ist. Wir wissen auch, dass Liestal kein Hotspot für Kriminalität ist. Das sind Fragen, die dort unter anderem gestellt werden. Und aus unserer Sicht hat sich das in diesem Sinne bereits erledigt. Darum sind wir zum Schluss gekommen, dass wir das in diesem Sinne nicht mehr überweisen müssen. Ich weiss nicht, nachdem jetzt der Stadtrat gesagt hat, er würde die Gelegenheit gerne nutzen und du, Domenic Schneider (GLP), gefunden hast, dass es eigentlich auch darum geht, einmal zu zeigen, was hier eigentlich passiert, ob unsere Fraktion geschlossen das nicht überweisen möchte. Weil eben, wie gesagt, es ist nicht so, dass wir das Thema nicht durchaus auch ernst nehmen. Ganz zum Schluss noch etwas, falls es tatsächlich so Bestrebungen geben sollte, bürgerwehähnliche Gruppierungen zu gründen, ist das in keiner Weise tolerierbar und genauso mit allen möglichen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden und zu bekämpfen, wie bei diesen Vorfällen, die passiert sind. Das ist unser Anliegen, das wirklich auch hier nochmal explizit zu sagen.

Bernhard Bonjour (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, die SP habe zwei Sachen zu sagen zu dem Postulat. Erstens die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner und der Besucherinnen und Besucher von Liestal ist unser grosses Anliegen. Und wir danken Domenic Schneider (GLP) dafür, dass er das Thema aufbringt und Gelegenheit gibt, über das nachzudenken. Der zweite Punkt ist, wir lehnen den Ton dieses Postulates ab, die Formulierungen und die Begründungen. Zuerst zum zweiten Punkt. Ich bin sehr froh, Domenic Schneider (GLP) hat es jetzt ganz anders gesagt, als es im Postulat steht. Aber so wie das Postulat formuliert ist, ist es reisserisch, ist es alarmistisch und es ist populistisch. Es fördert Feindbilder, was überhaupt nicht förderlich ist für das Sicherheitsgefühl, sondern eher abträglich und zusätzlich Ängste fördert. Ich habe den Eindruck, man hat hier die negativen Auswirkungen gesehen von sogenannten sozialen Medien. Jemand postet mal schnell etwas, jemand anderes verschreckt dabei, sagt, es ist ja schrecklich, was dir passiert ist. Der Dritte will nett sein und will die Einträge bestätigen. „Merci, dass endlich jemand das ausspricht.“ Und schon ist eine riesige Aufregung da. „Ich habe gar nicht gewusst, dass das so schlimm ist in Liestal! Und warum machen eigentlich die Verantwortlichen der Stadt nichts dagegen?“ Und das erzeugt eine Stimmung, die schädlich ist. Und dann finde ich ganz, ganz gefährlich die Argumentation: „Schaut, es gibt Leute, die sprechen sogar davon, sie wollen eine Bürgerwehr bilden oder sie müssten jetzt eine Waffe tragen.“ Und dass Geschwafel oder Geschwätz von irgendwelchen Leuten wird dann benützt um zu sagen, schaut Behörden, jetzt müssen wir wirklich etwas machen, es ist ein echtes Problem, weil Leute schon an Bürgerwehr denken. Und ich finde, so darf man nicht argumentieren, so darf man auf gar keinen Fall argumentieren. Das Geschwafel von Bürgerwehren oder „wir müssen Waffen tragen“ darf nicht benutzt werden, um zu argumentieren, jetzt muss man etwas machen. Sondern es ist einfach nicht erlaubt und nicht zulässig und in keiner Art zu akzeptieren. Jetzt geht es aber zur zentralen Frage: Um das Sicherheitsgefühl. Wir sind wirklich ganz entschieden der Meinung, es darf nicht sein, dass Leute auf der Strasse oder auf Plätzen oder in Unterführungen Angst haben. Es darf nicht sein, dass Leute zu Hause sitzen und Angst haben vor Einbrechern. Es ist klar die Aufgabe der Stadt, das Problem ernst zu nehmen, damit sich alle sicher fühlen können. Wenn man die Zeitung liest statt sozialer Medien, kann man manchmal auf Spannendes stossen. Dieses Wochenende hatte die NZZ am Sonntag einen dreiseitigen Artikel über die Stadt Umeå in Nordschweden geschrieben, in der es den ganzen Winter durch dunkel ist. Es wird berichtet, was dort die Stadt Umea unternimmt und dass die Stadt heute ein Vorbild in Sachen öffentliche Sicherheit ist. Aber es gibt da keine schnellen und billigen Lösungen. Es geht darum, den öffentlichen Raum zurückzuerobern und nicht einzelnen Gruppen zu überlassen. Das braucht Stadtplaner, Architekten und Architektinnen, Polizei und Gleichstellungsbeauftragte, die bei jedem Vorhaben zusammenarbeiten. Es geht um Licht, um Belebung, um Übersichtlichkeit und Transparenz im öffentlichen Raum. In dieser schwedischen Stadt wurden zum Beispiel weibliche Jugendliche eingeladen, um gewisse Plätze, die als problematisch erkannt wurden, zu beleben und zu sagen, was sie hier brauchen, damit sie sich auf dem Platz aufhalten und wohlfühlen. Und die sind dann in die Planung einbezogen worden. Oder es gibt sogenannte „Safety Walks“, bei welchen die Anwohner und Anwohnerinnen auf konkrete Probleme im Quartier hinweisen können. Also

man läuft durch das Quartier zusammen mit Stadtbeauftragten und dann sieht man, wo gibt es möglicherweise problematische Gefühle, problematische Orte. Aber man spricht dann direkt darüber. Oder für die Buschauffeure hat man in dieser Stadt sogenannte „Flexible Night Stops“ eingeführt, weil die Buschauffeure das von alleine schon gemacht haben und nachträglich hat man das auch offiziell. Nämlich, dass die Buschauffeure nachts ältere Personen oder auch Frauen an einem anderen Ort aussteigen lassen, nämlich dort, wo sie näher zu Hause waren. Das kann man alles machen, um die Sicherheit zu erhöhen. Das sind gute Sachen. Und wenn die Stadt über solche Sachen nachdenkt, finde ich das sehr gut. Und es ist zu begrüßen, wenn der Staat sagt, was er schon macht und was er noch zusätzlich ins Auge fasst. Unsere Fraktion ist zu diesem Postulat gespalten. Das Thema nehmen alle ernst. Ein Teil unserer Fraktion findet, das muss man mit einem anderen Vorstoss konkrete Massnahmen thematisieren sollte, wie dies beispielsweise in der Stadt Umeå bereits umgesetzt wird. Eine knappe Mehrheit der SP spricht sich wegen der Formulierungen im Vorstoss gegen die Postulatsüberweisung aus. Man nimmt aber zur Kenntnis, dass Postulant Domenic Schneider (GLP) heute einleitend etwas anderes gesagt hat.

Lorenz Holinger (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, sie würden das Postulat begrüßen, seien aber fest der Überzeugung, dass das kein spezifisches Problem sei von Liestal, sondern dass es sich um ein gesellschaftlich bedenkliches Problem handle, was sich leider mittlerweile in vielen Gemeinden der Schweiz widerspiegeln und längst nicht nur in Städten. Täglich liest man entsprechende Schlagzeilen in den Medien. Die Thematik rund um die Einbrüche besteht logischerweise auch nicht nur in Liestal, sondern in der ganzen Schweiz. Aber unsere Region ist nachweislich aufgrund der Grenzlage besonders betroffen. In anderen Gemeinden gibt es ganz legitim solche Bürgerpatrouillen, nicht Bürgerwehren, sondern Patrouillen, welche als Vereine organisiert sind und so durch Quartiere oder Städte patrouillieren und sich mit der Polizei und der Gemeinde absprechen. Der Fokus dort liegt auf Einbrüchen und „Fälleler“. Offenbar sind in diesen Gemeinden gute Erfahrungen gemacht worden, vielleicht kann man sich mit diesen mal austauschen. Natürlich kann es auch Risiken bergen, wenn selbsternannte „Aushilfs-Sheriffs“ durch die Strassen ziehen. Aber zu aufmerksamen und hilfsbereiten Personen, die auch zur späten Stunde noch ansprechbar sind, ist sicherlich nichts einzuwenden. Wir sehen die Möglichkeiten von einer einzelnen Stadt als sehr beschränkt, um das gesellschaftliche Problem in den Griff zu bekommen, sind aber gespannt, was der Stadtrat uns für Antworten und Lösungsansätze präsentiert. Wir sind einstimmig für die Überweisung des Postulates.

Stefan Fraefel (Mitte) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass wenn man dies so lese mit „Messerstechereien“, „eine markante Zunahme von Einbrüchen und beinahe Einbrüchen“ usw., so beeinträchtigt dies die Unsicherheiten und den Alltag von vielen Menschen erheblich. Und es wird über bürgerwehrrähnliche Gruppierungen diskutiert und man überlegt sich aus Angst, sich mit Waffen auszustatten. Welche Situation beschreibt hier der Postulant? Ist er kürzlich in Saint-Denis gewesen, ein Banlieue von Paris? Oder in Skid Row in Los Angeles? Oder in Kibera in Nairobi? Aber offenbar nicht, er beschreibt Zustände in Liestal. Meine Vorredner haben es schon gesagt und auch seine Fraktion findet, dass die Tonalität des Postulates nicht stimmt. Denn das Grundanliegen teilen auch wir, dass man es ernst nehmen muss, wenn sich Leute in Liestal unsicher fühlen. Egal, ob berechtigt oder unberechtigt, denn das Gefühl ist ja immer da. Aber wir von der FDP/Mitte-Fraktion möchten betonen, wir halten Liestal nach wie vor für sicher. Wenn man die objektiven Zahlen anschaut, wenn man die Polizeistatistiken der letzten Jahre anschaut, so sind das sehr viele und interessante Zahlen. So kann man der letzten Statistik 2023 entnehmen, dass Diebstähle und auch Einbruchdiebstähle stark zugenommen, vor allem allerdings die sogenannten „Fälleler“. Und die Einbruchdiebstähle sind höher als in den vorigen Jahren. Aber vor zehn Jahren war es sogar noch schlimmer. Wir hatten ja noch Corona dazwischen. Sexualdelikte sind zum Glück in etwa gleich. Gewaltdelikte sind leider leicht steigend. Das sind die nackten Zahlen. Aber das nützt ja nichts, wenn man sich persönlich vielleicht anders fühlt, einfach aufgrund von Erlebnissen oder aufgrund von Ängsten. Aber auch hier möchte er betonen, dass ein Randständiger nicht per se gefährlich ist. Und klar kann man theoretisch solche Personen aus dem Stadtbild

einfach entfernen. Aber ist das die richtige Konsequenz? Oder sollte dies ganzheitlich anzuschauen? Ich denke, unsere Fraktion ist froh um die klärenden Worte des Postulanten, der es heruntertemperiert hat. Und auch wir unterstützen, dass man dem Stadtrat die Gelegenheit gibt, einmal aufzuzeigen, was Sache ist. Wenn man das Postulat dann aber noch anschaut, was dann da wirklich verlangt wird: Eine detaillierte Darlegung der Kriminalitätsentwicklung in den letzten Jahren in Liestal, Massnahmen für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken, vor allem wegen der alkoholisierten Gruppe am Wasserturmplatz, Erhöhung der Polizeipräsenz an besonders betroffenen Gebieten, präventive Massnahmen gegen Wohnungseinbrüche, Workshops oder Beratungen für die Bevölkerung, Reaktionen auf Bürgerwehrdiskussionen, psychosoziale Massnahmen sollen umgesetzt werden, Zusammenarbeit mit der Polizei und all das, um konkrete Massnahmen aufzuzeigen, wie man das beheben kann, denn es bestehe dringender Handlungsbedarf, um Liestal an gewissen Orten wieder sicher zu machen. Das ist dann wieder das Alarmistische. Und ich möchte die Kompetenzen und Fähigkeiten des Stadtrats wirklich nicht kleinreden. Aber was hier alles gefordert wird, dann müssten es richtige Tausendsassas sein, die weit über ihre Kompetenzen, und ich meine jetzt die rechtlichen Kompetenzen, hinausgehen. Wenn dieses Postulat überwiesen wird, sollte dies auch auf das heruntertemperiert werden, was der Stadtrat prüfen und berichten kann und nicht in einer Arbeitsbeschaffungsmassnahme für die Verwaltung ausufern mit einem ellenlangen Bericht. All das kostet wieder und beschäftigt Leute. Der Bericht allein kann noch so gut sein, denn auch wenn er 100 Seiten hat, mit dem ist die Sicherheit weder objektiv erhöht und auch nicht subjektiv besser, auch dann nicht, wenn er kostenfrei zur Selbstbedienung abgegeben würde am Wasserturmplatz. Also auch hier wieder die Verhältnisse wahren. In diesem Sinne wird man die Postulatsüberweisung unterstützen.

Daniel Jurt (SVP) äussert sich, dass Bernhard Bonjour (SP) es gesagt habe, man wolle den Raum zurückerobern, wie in Umeå, der Stadt in Schweden. Und als ich das gelesen habe, bin ich selbst ein bisschen erschrocken. Klar, ich stelle die Personen am Wasserturmplatz auch fest. Das kann für gewisse Leute in der persönlichen Sicherheit ein schlechtes Gefühl auslösen, das ist mir klar. Vertreibt man diese Leute, dann gehen sie einfach an einen anderen Ort. Das ist wie bei der Drogenszene, das haben wir ja alles erlebt, dann schicken wir sie weg und dann treffen sie sich wo anderes. Wir wollen sie vielleicht nicht in der Stadt haben, aber wo sollen sie dann schlussendlich hin? Was mich aber persönlich auch stört und sicher für gewisse Leute ein Unsicherheitsgefühl auslöst, ist der Vandalismus, den man teilweise sieht und auch die Sprayereien. Wenn ich am Bahnhof aussteige und einfach die Sprayereien und die Sprüche lese, ich selber fühle mich nicht unsicher, aber es gibt sicher Leute, wenn sie das lesen, „die Bullen“ und so weiter, dann löst das nicht unbedingt ein Sicherheitsgefühl aus. Also auch da wäre etwas zu machen. Und zu den Bürgerwehren: Einfach als erfahrener Mann muss ich sagen, wer mit einer Waffe ohne Waffentragbewilligung herumläuft, hat ein grösseres Problem. Das gilt selbst für gefährliche Gegenstände, also Baseballschläger oder was auch immer die Polizei als gefährlich einschätzt, das kann ein Verfahren nach sich ziehen. Also von dem ist wirklich schwer abzuraten. Und einfach zum Schluss, das Gewaltmonopol muss immer noch beim Staat sein und nicht bei einzelnen Bürgern. Was nicht bedeutet, dass man nicht Zivilcourage an den Tag legen darf und einmal irgendwo eingreifen darf, ohne natürlich zu eskalieren. Das ist ja die hohe Kunst, dass man möglichst deeskalierend wirkt und nicht einfach zuschaut.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich für die differenzierten Voten, diese habe sie sehr geschätzt. Es ist wirklich alles, was wir vielleicht auch später in die Beantwortung reinpacken werden, schon ein bisschen gefallen. Der Stadtpräsident wünscht zu Recht, dass wir nochmal betonen, dass wir selbstverständlich schon sehr aktiv sind. Es gibt immer Verbesserungspotenzial, aber wir sind der Meinung, dass wir schon sehr aktiv sind und unsere Möglichkeiten, die wir haben. In der Bekämpfung von Kriminalität, da ist dann eher der Kanton zuständig, aber einfach Sachen, die bei uns in der Stadt passieren, die angehen. Wir gehen sie meistens an, denn wir haben Augen und Ohren schon in diversen Quartieren. Das heisst, wir haben sie schneller, als sie auf „Liestal vernetzt“ kommen, wir sind meistens schon etwas voraus. Nichtsdestotrotz heisst das nicht immer, dass man es immer gerade beherrschen kann. Es gibt auch

Gesetze, die uns manchmal die Hände binden. Wir dürfen nicht einfach Randständige wegjagen, nur weil sie nicht so schön aussehen. Und die sind ja per se normalerweise auch nicht bedrohlich. Also ich glaube, wir machen sehr viel, so zu Bürozeiten unser Bereich Sicherheit/Soziales. Und wir machen viel vor allem auch ausserhalb der Bürozeiten. Alles, was in unserer Macht steht, endlose Ressourcen haben wir nicht. Das wäre natürlich dann die nächste Diskussion, die wir führen müssten, aber die müssen wir auch mit dem Kanton führen. Hier ist dieser abgesehen davon schon dran, was polizeiliche Ressourcen angeht. Also wir nehmen es gerne entgegen, um ein bisschen zu schildern, was Probleme sind, die wir erkennen, die wir auch erklären können, warum die Probleme nicht immer ganz einfach zu beherrschen sind. Und ich danke auch wirklich für deine Worte Stefan Fraefel (Mitte). Ich habe auch gedacht, wir sind nicht Supermänner und nicht Superfrauen, wir versuchen unsere Arbeit gut zu machen, alles liegt nicht in unserer Macht und ich glaube, das ist auch gut so. Die Gesellschaft können wir nicht, oder höchstens ganz beschränkt, beeinflussen. Darum nehmen wir es gerne entgegen.

Domenic Schneider (GLP) möchte Stadträtin Pascale Meschberger widersprechen, denn teilweise nehme er den Stadtrat tatsächlich fast schon als Superman oder Superwoman wahr. Weil ihr mich persönlich immer wieder mal überrascht, mit cooler Umsetzung, mit pragmatischen Lösungen und das finde ich wirklich schön und da möchte ich jetzt einfach mal schnell ein Kränzchen winden, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung. Auch wenn ihr sonst da immer wieder einmal aus der Bevölkerung eins aufs Dach bekommt, nein, ihr macht wirklich ganz viel Tolles und das möchte ich da einfach schnell festgehalten haben.

Benjamin Erni (EVP) möchte dies unterstützen. In der letzten SBK-Sitzung zum EP ist das sehr klar zur Sprache gekommen, wie viel in diesem Bereich „Sicherheit“ passiert, um die Jugendlichen, aber auch um den Wasserturmplatz. Es wäre sehr schön, wenn das auch gut ersichtlich ist in diesem Bericht. Informationen, was läuft, was die Stadt schon macht, wo sie aktiv ist, helfen. Aber danke euch für euren Einsatz.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat «Sicherheit in Liestal» (Nr. 2024-14) wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

6. Fragestunde

1. Frage / Eva Eugster (FDP) – Mailaccounts ER, Fake-Botschaften vom 18./19.12.2024

Am 18./19. Dezember 2024 wurde mit einigen Mailaccounts der Kommissionspräsidien der Stadt Liestal email spoofing betrieben und seltsame fake Botschaften teilweise mit Aufforderung zum Bezahlen von Geldbeträgen an Kommissionsmitglieder verschickt.

Wie konnte so etwas passieren?

Was wird von Seiten der Stadt Liestal getan, um uns zukünftig vor solchen Vorkommnissen zu schützen?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Er habe auch noch so eine Mail, in welcher stehe: «Bitte senden Sie mir Ihre Angaben, Sie erhalten Geld aus dem Tornado-Fonds. Bitte geben Sie mir doch alle Daten bekannt, inklusive Bankkonto, damit ich es überweisen kann.» Also, wir sehen, es ist eine Tatsache, das passiert heute überall bei jedem auf dem Computer. Ich möchte das auch nicht ins Lächerliche treiben mit dem, sondern einfach darauf hinweisen, es ist ein ernstes Problem, das uns alle beschäftigt. Uns sagen auch Leute, die in dieser Branche arbeiten, dass diese Angriffe massiv zugenommen haben in den letzten zwei bis drei Jahren. Hacker sind auch aus dem Osten unterwegs. Jetzt konkret haben wir, um das sogenannte E-Mail-Spoofing zu verhindern, für die Domäne der Stadtverwaltung, also liestal.ch oder liestal.bl.ch, eine sogenannte «Sender Policy Framework». Die sagt, wer erhält welche E-Mail und wer darf sie versenden. Bei diesen Themen ist aber das Problem, dass Kommissionsmitglieder und Präsidentinnen und Präsidenten auf der Homepage aufgeführt sind, auch mit den E-Mail-Adressen, das sind private Adressen, die kein @liestal.ch beinhalten. Um es kurz zu machen, das heisst, die Anti-Spam-Massnahmen, die wir haben, können wir gar nicht auf euren Mail-Accounts ausführen. Als wir das mitbekommen haben, haben wir sofort reagiert, das überprüft und geschaut, ob es wirklich irgendwo ein Problem gibt. Wir haben keines festgestellt, sonst hätten wir hier drin schon lange informiert und auch die Bevölkerung darüber informiert. Wir haben dann aber auch gerade mit unserem Serviceprovider das noch angeschaut und euch allen auch eine E-Mail geschickt, die eigentlich ganz klare Sachen beinhaltet, wie bspw. die Absenderadressen zu kontrollieren, nicht einfach nur das, was oben angezeigt wird, sondern eben auch die E-Mail-Adresse; immer aufpassen, wenn Dringlichkeit oder Druck da ist und Anhänge oder Links auf keinen Fall aufzumachen. Vielmals merkt man es ja auch an den kleinen Eurobeträgen oder auch an der fehlerhaften Sprache. Das ist leider ein Phänomen, das weiter besteht und auch ihr und mich selbst mit meinen privaten E-Mails, ich bin nicht geschützt, ich erhalte regelmässig Aufforderungen von der Post oder von der SBB. Sie sind saugut gemacht und es gibt sogar Profi-Hacker, die es schaffen, dass Leute Geld überweisen aus Firmen, weil sie das ganz gezielt machen. Darum, sich nie stressen lassen, sauber anschauen, was kommt und auch sichere Passwörter setzen, damit man auch nicht reinkommt. Und das ist alles, was wir machen können. Wir können leider sehr wenig machen.

2. Frage / Vreni Baumgartner (GL) – Veloabstellplatz Bahnhof

Am Wochenende steht die langerwartete Eröffnung der Velostation am Bahnhof an. In dessen Zusammenhang wird mit einem Plakat geworben, dass die verschiedenen Veloabstellplätze am Bahnhof zeigt. Davon gibt es neben der Velostation zwei, und beide liegen südwestlich des Bahnhofs auf Seite Oristal. Dazu meine Frage:

Sind auf Stedtli-Seite auch noch Veloabstellplätze geplant? Und falls ja, wann werden diese realisiert?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Nordöstlich vom Bahnhof links und rechts gibt es je ein Veloparking, auch ausserhalb vom Bahnhof. Und es wird auch südwestlich eine Möglichkeit geben. Jetzt besteht die östliche Seite des Veloparkings ausserhalb der Velostation hinten, dort, wo der provisorische Busbahnhof war. Dort hat es Veloabstellplätze. Und dort werden auch künftig 200 Veloparkplätze bleiben. Weil dort kommt ja dann die Erschliessungsstrasse, die die SBB macht, hoch. Und alle, die vom Norden her oder vom Nordosten her in den Bahnhof fahren, kommen dann diesen Weg. Und jetzt geht es darum, wer vom Städtchen her zum Bahnhof

kommt, dort wird im Moment, solange der QP-Post noch nicht realisiert wird, dort werden die Abstellplätze bleiben, die heute rund um die Post herum sind. Und das ist jetzt der provisorische Veloparkplatz von dieser Seite her. Und wenn das einmal weggeht, muss man schauen, oder es gibt Pläne, wo dann die Veloparkplätze stehen werden. Aber geht doch in die Velostation.

3. Frage / Vreni Baumgartner (GL) – Veloverkehrskonzept, Postulat Nr. 2020-34
Was ist der Stand des Veloverkehr-Konzepts (Postulat 2020-34)?

Stadtrat Daniel Muri: Die Postulatsbeantwortung ist gemäss aktueller Einwohnerrats-Pendenzliste auf den 21. Mai 2025 vorgesehen sei.

4. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Abstellgegenstände hinter dem Beach Soccer-Platz
Hinter der Abzäunung des Beach Soccer-Platzes, werden Gegenstände, die wahrscheinlich nicht mehr gebraucht werden, seit Jahren deponiert. Die „Reklame-Nägel“ liegen auch dort und einiges mehr. Diese „Deponie“ sieht nicht gerade ansprechend aus. Bleibt das so oder werden die Gegenstände irgendwann entsorgt?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es ist keine Entsorgung vorgesehen im Moment. Das Zentrum von diesem ganzen Ablagerungsplatz, den ich suchen musste, damit ich ihn überhaupt finden konnte, weil er ja so wüst ist, sind eigentlich Materialien vom Bereich Tiefbau. Und rechts in einer Ecke, unter einer Brücke, die von der A22 runterkommt, sind diese Nägel. Und im Moment sind das Materialien, zum Teil sind es alte Aussenkunstwerke, zum Teil sind es eben die Nägel, die man dort unten lagert, weil man sie nicht wegwirft und weil die vielleicht wieder einmal gebraucht werden und dort niemanden stören.

5. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Büros im Rathaus
Verschiedene Büroräume wurden für die Stadtverwaltung zugemietet. Welche Abteilungen sind nicht mehr im Rathaus anzutreffen, und wo sind sie untergebracht?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Darüber wurde informiert. Der Bereich Bildung und Sport haben wir im Schulpavillon „Rosen“, das Team KES ist im Tenum.

6. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Grammetsteg
Wie wir wissen, wurde dieser Steg aus Sicherheitsgründen gesperrt. Was ist hier weiter angedacht?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Der Einwohnerrat hat mit dem Budget 2025 einen Projektkredit für die Wiederherstellung des Stegs bewilligt. Ein Jahr später gibt es vielleicht einen Kredit, um zu schauen, dass das auch realisiert werden kann. Wir werden schauen, was das kostet. Aber der nächste Schritt ist, zu prüfen, wie wir das machen können.

Zusatzfrage: Gibt es keine provisorische Lösung?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Nein, es gibt keine provisorische Lösung und die wäre sicherlich nicht sicherer, als der heutige Grammetsteg, den wir zumachen mussten.

7. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Pausenplatz Primarschulhaus Frenkenbündten

Der Pausenplatz beim Primarschulhaus Frenkenbündten verfügt über eine kleine Rasenfläche, die an die Gitterlistrasse angrenzt. Diese ist seit einiger Zeit eingezäunt und darf nicht betreten werden. Was ist der Grund, dass den Schülerinnen und Schülern diese Pausenplatzfläche nicht zugänglich ist?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Dies ist eine Ecke, die eine Ersatzfläche und Magerwiese ist. Die musste von der SBB als Ausgleichsfläche hergestellt werden und ist nicht zugänglich für die Schüler und Schülerinnen. Sie muss wachsen können und sie wird wahrscheinlich zweimal im Jahr geschnitten. Das ist der Grund. Es wird auch noch andere Magerflächen der SBB entlang geben, die auch dafür sind, dass es jetzt einfach die Böschungen nicht mehr gibt und andere Grünflächen, die durch den SBB-Neubau und durch die Verbreiterung des Burgeinschnitts geopfert werden mussten.

8. Frage / Anita Baumgartner (GL) - Bodenmarkierungen

Auf der Burg-Brücke sowie im Kreuzungsbereich Burgstrasse/Langhagstrasse/Gartenstrasse gibt es aktuell noch keine Bodenmarkierungen. Viele Velofahrende biegen vom Stedtli herkommend nach der Burg-Brücke in die Langhagstrasse ein. Ist auf der Burg-Brücke ein Einspurstreifen in die Langhagstrasse geplant?

Falls nein, weshalb nicht?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es ist ein geschützter Warteraum zum Linksabbiegen geplant. Es gibt auch verkehrspolizeiliche Anordnungen dazu, aber der Kanton muss diese noch markieren auf der Kantonsstrasse.

9. Frage / Anita Baumgartner (GL) - Schwieripasserelle

Die Schwieripasserelle ist altstadtseitig aktuell nur über die rollstuhlgängige Rampe zugänglich. Ist entlang der Stützwand der Treppe eine Begrünung geplant?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Auch dort handelt es sich um eine SBB-Baustelle inklusive Begrünung. Die Stadt ist nicht in diese Themen involviert. Auch die Unterhaltungspflicht muss noch abgeklärt werden. Ihr müsst euch vorstellen, es gibt auf drei Kilometern zwischen der SBB und der Stadt noch Klärungsbedarf in Bezug darauf, wer für was zuständig ist. Und zwar überall dort, wo es nicht mehr gleich ist, wie es vorher war. Da sind wir jetzt dran, das zu klären und zum Teil auch Sachen zu machen, die vorher nicht waren, wie dort an der Gartenstrasse den Baum zu pflanzen, das Bänkchen zu setzen und so weiter, und für den Unterhalt zu schauen. Aber an dieser Stelle ist die SBB noch am Bauen und das hat noch nicht geklärt werden können, wie anderes auch nicht.

10. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Einsprachen von «Liestal.orientiert»

Gemäss Artikel in der BZ vom 17. Januar 2025 hat der Verein «Liestal.orientiert» bei verschiedenen Projekten der Stadt Einsprachen gemacht. Welche Vorhaben der Stadt sind von Einsprachen durch «Liestal.orientiert» betroffen?

Stadtrat Daniel Muri: Es sind dies Einsprachen betreffend dem QP «Am Orisbach» und dem QP «Lüdin».

11. Frage / Richard Gafner (FDP) – Bruckackerstr., Mergelstreifen-Nutzung als Parkplatz

An der Bruckackerstrasse ist zwischen der Strasse und der Mauer gegen die Bahngeleise ein Streifen Naturboden (Mergel), der heute mehr oder weniger permanent als Parkplatz, auch von Dauerparkierern, genutzt wird. Ist es vorgesehen, dass dieser Streifen nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten auf der Burg weiterhin als Parkplatz genutzt wird? Wenn nein, wird der Streifen begrünt werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Dort ist im Moment eine Baustelle. Im vorderen Teil wird die SBB wieder Parkplätze anbieten, aber im hinteren Teil nicht mehr. Dort müssen sie auch begrünen. Ich glaube, es gibt etwa sieben Parkplätze. Das bestimmt die SBB letztlich selbst, wem sie das Land geben und für was. Einen Teil müssen sie selbst behalten und biologisch aufwerten.

Zusatzfrage: Es ist mir klar, der vordere Teil, den sie heute noch als Bauplatz benutzen, dort wird es einen Parkplatz geben, aber hinten ist der ganze Streifen, bis es eigentlich zur Treppe runter geht, dort wird heute parkiert. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann soll das begrünt werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler bejaht dies.

12. Frage / Richard Gafner (FDP) – Baustelle beim Stabhof, Durchgang

Die Baustelle beim Stabhof ist wieder in Betrieb, der Durchgang zur Rathausstrasse ist aber weiterhin zu. Hat der Stadtrat Kenntnis davon, wie lange die Bauarbeiten noch dauern werden und wann der Durchgang wieder eröffnet werden wird?

Stadtrat Daniel Muri: Die Baustelle ist nie ausser Betrieb gewesen. Das habe ich schon mehrmals erklärt und auch erwähnt, dass es grosse statische Probleme in der Unterfangung gegeben hat vom Untergeschoss sowie der Wechsel vom Ingenieurbüro, das auch nicht so schnell zu finden war. Das ist grundsätzlich der Grund, weshalb die Baustelle so lange dauert. Ich habe heute mal auf Google Maps geschaut, es sind von dort aus in die Kanonengasse 270 Meter. Also es ist machbar. Und der Durchgang wird bis zur Fertigstellung voraussichtlich bis Ende 4. Quartal 2026 geschlossen bleiben. Und mein Ratschlag dazu ist einfach „Gelassenheit und Geduld“.

13. Frage / Anja Weyeneth (SP) – Asylheim in Betrieb

Seit letztem Frühling ist das Asylheim wieder in Betrieb. Wie sind die ersten Erfahrung, wie geht es den Menschen vor Ort, haben wir genügend Personal und wie bewährt sich der neue Bau?

Stadträtin Pascale Meschberger: Das Asylheim wird vom Zentrum Erlenhof betrieben und ist ein Wohnheim für unbegleitete minderjährige Asylsuchende, sogenannte UMA. Die Bewohner und die Betreiberin fühlen sich an diesem Standort nach unseren Informationen sehr gut aufgehoben. Das Gebäude scheint sich gut zu eignen für diesen Zweck. Wir haben eigentlich nichts Negatives gehört bis jetzt. Es läuft alles sehr gut.

14. Frage / Marius Ziegler (SVP) – Lichtsignalanlage Rosenmund-Kreuzung

Etliche Gewerbetreibende rund um unser Stedtli, haben festgestellt, dass das Lichtsignal bei der Rosenmundkreuzung noch immer nicht gut geschaltet ist.

Warum wurde diese Verkehrsführung umgesetzt, bevor die Ampelschaltung richtig angepasst wurde?

Bis wann dürfen die Gewerbetreibenden damit rechnen, dass die Einstellung der Lichtsignalanlage angepasst wird?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Anpassung dieser Lichtsignalanlage ist nicht nur für Gewerbebetreibende, sondern auch die Kundschaft von diesen Gewerbebetreibenden nicht erfreulich. Es ist deponiert beim Kanton seit dem Zeitpunkt, bevor eigentlich die neue Verkehrsführung eingeleitet worden ist. Und man hat jetzt gerade aufgrund dieser Frage noch einmal nachgefragt.

15. Frage / Daniel Jurt (SVP) – Situation Sichtenstrasse, Instandstellung

Die Sichtenstrasse, so die Ankündigung, sei voraussichtlich für 6 Monate gesperrt, bis die Sanierung bis Ende 2024 abgeschlossen sein wird. Nun sind die 6 Monate um und man sieht keine Bauarbeiten an der Strasse.

Fragen:

- Wie ist der Zeitplan und wann ist die Fertigstellung?
- Wie sieht es mit der Budgetierung aus?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es gibt eine Vorlage für die Reparaturarbeiten. Der Stadtrat wird in den kommenden Wochen dem Einwohnerrat eine Sondervorlage vorlegen. Nachdem die Finanzen gesichert sind, können die Bauarbeiten angegangen werden. Im Moment schätzt man mit 370'000 Franken für die Strasse, 70'000 Franken fürs Wasser und 170'000 Franken fürs Abwasser. Aber das sind Zahlen, die noch nicht verabschiedet sind, sondern noch angeschaut werden müssen.

16. Frage / Daniel Jurt (SVP) – Bahnhof und Umgebung: Sprayereien

Seit längerem werden im ganzen Raum Bahnhof Liestal die neu erstellten Wände mit unschönen Sprayereien verunstaltet.

Fragen:

- Was gedenkt die Stadt dagegen zu unternehmen?
- Oder liegt es in der Verantwortung der SBB?

Stadträtin Pascale Meschberger: Graue Mauern sind unbestritten Geschmackssache. Für uns war aber auch in der Stadt relativ bald klar, dass die grauen Mauern in Liestal, wie wir leider das Problem kennen, durchaus dazu einladen, besprayed zu werden. Sie gehören aber der SBB und werden auch von der SBB unterhalten. Und das gehört eben auch dazu, dass die SBB ein Konzept hat, wie sie mit diesen Sprayereien umgehen. Sie sagen, gerade politische Aussagen würden sie sehr schnell versuchen wegzuputzen und andere halt auch so bald wie möglich. Wir haben aber auch von Anfang an gesagt, es ladet fast dazu ein, ob sie jetzt schön sind oder nicht. Und das war uns immer ein bisschen ein Dorn im Auge. Abgesehen davon hätten wir auch gerne ein etwas Identität in Liestal, nicht so einen 08.15-Bahnhof. Aber wir können, wie gesagt, nicht selbst bestimmen. Wir haben aber das Gespräch schon gesucht und werden nächstens ein Treffen haben, wo genau das zur Sprache kommt, ob wir allenfalls auch mit Farbe arbeiten können in diesem Bahnhof, in den Unterführungen und so vielleicht diese Sprayereien ein wenig verhindern können.

17. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Glatteis auf Gehwegen

Im Bereich der Sichtenstrasse, Wiedenhubstrasse, Munzachstrasse bis zur Oristalunterführung ist es in den letzten Wochen bei frostigen Temperaturen immer wieder sehr rutschig gewesen. Es gab auch Stürze, was auf eine potenzielle Gefahr für Fussgänger und Velofahrer hinweist.

Ist dem Stadtrat diese Situation bekannt, und welche Massnahmen werden in Erwägung gezogen, um die Sicherheit in diesem Bereich zu verbessern?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es war in den letzten Wochen wirklich ein grosses Problem. Die Leute vom Tiefbau rücken aus, wenn wir Unter-Null-Temperaturen und Feuchtigkeit kommen sehen am Morgen um 3 Uhr, dann schauen sie um 5 Uhr und um 7 Uhr fängt es an zu gefrieren. Es gab jetzt einfach so Temperaturschwankungen, wo die Kälte nicht abgesunken ist, sondern dann so einen Gipfel gemacht hat, dann ist man dann ausgerückt und dann ist schon der erste Velofahrer umgefallen, zum Beispiel mein Mann. Einmal ist es sogar so schnell gefroren, dass man bei der Tiergartenstrasse herunter, wenn man das Fahrrad geschoben hat, Angst haben musste, umzufallen. Und vor allem diese Hotspots, die jetzt so neu und fein asphaltiert sind, wie eben auch das Sichternplätzchen oder wie die neue Tiergartenstrasse. Andere Orte, die so fein asphaltiert sind, da schaut man jetzt einfach auch am besten dazu und geht auch wieder und wieder schauen, wenn sie so gefroren sind und geht von Hand streuen. Das ist das, was man machen kann.

6. Belagsinstandstellungen – Interpellation «Belagsinstandstellung nach Aufgrabung der Allmend» von Lorenz Holinger namens der SVP-Fraktion; schriftliche Antwort Stadtrat (Nr. 2024-21)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass die Fragen des Interpellanten vom Stadtrat wunschgemäss mit der Vorlage Nr. 2024-21a schriftlich beantwortet wurden.

Wünscht der Interpellant die Diskussion?

Lorenz Holinger (SVP) erklärt als Interpellant, dass er die Diskussion wünscht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Lorenz Holinger (SVP) führt aus, dass die Beantwortung teilweise leider sehr allgemein gehalten sei und viele Verweise auf Normen und Merkblätter enthalte, die entsprechend schon bekannt seien. Es ist ihm auch klar, dass die spezielleren Fälle, die offenbar eher die Norm als die Ausnahme sind, hier nicht abgehandelt werden konnten, weil es den Rahmen sprengen würde. Sehr positiv finde ich die Erkenntnis, dass nicht mehr die Subunternehmer der Swisscom akzeptiert werden, sondern direkt alles über die Swisscom zu laufen hat. Ich möchte an dieser Stelle aber gerne noch einmal betonen, dass bei diesen Auflagen rund um die Belagsinstandstellungen, die man verfügt, doch jeweils auch ein wenig auf den Verursacher eingegangen werden sollte und zu differenzieren ist, ob es eine Privatperson ist, der gerne etwas für die Nachhaltigkeit machen will, z.B. seine fossile Heizung, die er ersetzen will, aus dem Betrieb nehmen und eine Wärmepumpe machen will, oder ob es eine grosse Firma ist, die ihr Netz ausbaut, um neue Kunden zu gewinnen. Klar gelten für alle Player grundsätzlich die gleichen Normen, aber wie man hört, muss jeder Fall sowieso fast einzeln beurteilt werden. Darum kann man vielleicht dem künftig etwas mehr Beachtung schenken, denn es ist schade, wenn Private ihre Projekte nicht umsetzen, weil einfach die Tiefbauarbeiten den finanziellen Rahmen sprengen. So viel zu diesem Thema und nochmal besten Dank.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach seinen Umfragen fest, dass sich keine Fraktions- und Einzelsprecher zu Wort melden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler orientiert, dass es eine Investition in das Haus sei, wenn man als Privater einen neuen Heizungsanschluss, eine neue Heizform und eine Aufgrabung brauche oder wenn man das Fibernetz nutzen möchte. Es ist immer so, dass der Teil, den die Stadt braucht, bis zum Anschluss von meinem Haus, das zahlt die Stadt und auch den Anteil daran. Und das, was ich nur für mich brauche, das war auch beim Wasser und beim Abwasser schon immer so, dass das eine Investition ist, die ich zahlen muss. Bei solchen Projekten muss man einfach gut schauen, wie das geht. Und in diesem Fall hat auch die Swisscom die Belagserneuerung bezahlt, obwohl man ja eigentlich alle zur Kasse beten könnte.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

7. Feuerwehrmagazinareal – Postulat «Wie weiter mit dem Feuerwehrmagazin Areal?» von Peter Küng namens der SP-Fraktion (Nr. 2024-23)

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass, wie es im Entwicklungsplan unter „weitere Bauten im Verwaltungsvermögen“ Seite 89 und im Budgetjahresprogramm Seite 28 aufgeführt sei, bis Ende 2025 eine Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung respektive ein Konzept für eine Nach- bzw. Umnutzung des Feuerwehrmagazins vorliegen sollte. Du trittst also bereits weit offene Türen auf, bei welchen wir dahinter sind und wir uns bereits mit allen erdenklichen und in Frage kommenden Varianten beschäftigen. Also ich hätte schon ein bisschen Erklärungsnot jetzt im Namen des Stadtrates zu sagen, wir nehmen das Postulat nicht entgegen, wir sind ja auch schon dran. In dem Sinn, der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Peter Küng (SP) bedankt sich als Postulant beim Stadtrat für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen und die Diskussion zu starten. Das ist auch der Grund, weshalb ich das Postulat gemacht habe und die SP-Fraktion mit dabei habe, dass wir uns wünschen, dass die Diskussion um das Areal, um die Entwicklung Rosenstrasse, die ganzen Werkhöfe, dass wir uns beteiligen als Parteien und Fraktionen. Ich glaube, jetzt schon bei der Diskussion um die Überweisung von diesem Postulat ist wichtig und richtig, auch für den Stadtrat, dass er hört, was die politischen Fraktionen und Parteien, und wir sind ja auch Vertreter des Volkes, zu dieser Diskussion beitragen wollen und zu sagen haben. Ich möchte auf zwei, drei Punkte eingehen. Das geht zuerst einmal, wie ihr gesehen habt, um Bodenpolitik. Das ist für die SP ganz etwas Wichtiges. Ich würde gerne darauf hinweisen, wir hatten schon einmal Tafelsilber in dieser Stadt, das wir relativ günstig vergeben haben, von dem wir eigentlich keine Einnahmen mehr haben und einfach einmalig vielleicht einen grossen Millionenbetrag hatten. Für uns ist es wichtig, dass so Tafelsilber in der öffentlichen Hand bleibt, dass man zum Beispiel auch nachhaltige Einnahmen hat, wenn man so ein Land, das man hat, wenn man dort ein Baurecht gibt und so auch Einnahmen für die nächste und übernächste Generation hat. Dann zur Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. Ihr wisst, wir haben mehrere Werkhöfe in dieser Stadt. Ich bin der Meinung, in der heutigen Zeit muss man als erstes daran denken, dass man Gebäude, die man hat, dass man die nachhaltig bewirtschaftet und auch die Ressourcen schont und nicht einfach zuerst gerade grundsätzlich sagt, ich verkaufe das Land und reisse dann das ab, sondern dass man sich wirklich Gedanken darüber macht, über die Nachhaltigkeit von so Gebäuden, dass man die auch weiter nutzt. Dann zur Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde. Dort hatten wir schon einmal einen Vorstoss. Wir sind immer noch der Meinung, da können wir vielleicht Doppelspurigkeiten abbauen. Ich denke, es gibt sehr gute Beispiele, wo man jetzt auch zusammenarbeitet mit der Bürgergemeinde, wenn ich ganz an die tolle Mitarbeit von der Bürgergemeinde bei der Weihnachtsbeleuchtung denke, wie rassic und wie schnell das gegangen ist und ich glaube, da gibt es noch Potenzial. Nichtsdestotrotz, die ganz grosse Option an der Rosenstrasse. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir uns dort mit der Bürgergemeinde zusammensetzen, denn das ist ein Entwicklungsort, wo es noch viele Optionen gibt für die Stadt. Das sind so meine Punkte. Ich hoffe auf eine angeregte Diskussion und hoffe auf eine Unterstützung dieses Vorstosses. Ich glaube, das ist eine wichtige Diskussion, die wir hier führen.

Daniel Jurt (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass die SVP für eine Überweisung sei. Die Gebäude sind ja immer noch funktionsfähig. Man hat hier einmal von Baufällen gesprochen. Ja, das Flachdach, das ist so, irgendwann nach 30 Jahren ist ein Flachdach zu renovieren. Wir sind auch für eine weitere Nutzung des Gebäudes. Es ist eine grosse Fahrzeughalle unten. Man hat damals beim Bericht über die Feuerwehr gesagt, dass man dort viel Geld einnimmt an Miete. Das würde ja jetzt wegfallen. Also muss man dort schauen, dass man das sinnvollerweise weiter nutzen kann. Ob ein Umzug vom Werkhof an den Standort sinnvoll ist und ob die Bürgergemeinde dann einlenkt. Das Gebäude ist ja so, dass man es noch aufstocken könnte, hat man mir gesagt, also man könnte dort noch ein Stockwerk oben drauf tun, wenn das notwendig wäre. Ob dann das Wohnungen sind, ob das sinnvoll ist, das ist ja eine

Werkanlage, ob man die sinnvollerweise in Wohnungen umfunktioniert, das müssen wir mal schauen. Ich persönlich bin da eher kritisch.

Peter Bürgin (FDP) informiert als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass seine Fraktion sehr interessiert daran sei, wie es weiter gehe mit dem Feuerwehrmagazinareal nach dem Auszug der Feuerwehr in die Rettungswacht am Altmarkt. Somit unterstützen wir auch grundsätzlich das Postulat und sind für die Überweisung an den Stadtrat. Die FDP/Mitte-Fraktion ist jedoch für eine ergebnisoffene Diskussion und möchte dem Stadtrat keine Forderungen mitgeben, wie es in Punkt 3 aufgeführt ist. Die FDP/Mitte-Fraktion will erst die Liegenschaftsstrategie des Stadtrates abwarten, bevor irgendwelche Diskussionen oder Entscheidungen über Verkauf respektive Abgabe der Liegenschaft im Baurecht gefällt werden. Unsere Fraktion will somit im Moment anhand des aktuellen Informationsstandes nichts präjudizieren. Die FDP/Mitte-Fraktion ist für die Überweisung an den Stadtrat.

Verena Wunderlin (GLP) hält als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion fest, dass der Bau der Rettungswacht Altmarkt zügig vorwärts gehe. Es ist berechtigt, sich Gedanken zu machen, was mit dem Areal und den Gebäuden des Feuerwehrmagazins passiert. Hier öffnen sich neue Optionen. Die Vorschläge, die vorliegen, sind spannend. Wichtig ist, dass die Stadt das Gebiet als Ganzes anschaut und gute Lösungen findet. Wir haben es gehört, eine Machbarkeitsstudie ist in Auftrag. Darauf sind wir gespannt. Wir werden dann darauf eingehen, wenn gewisse Sachen vorliegen. Wir überweisen das Postulat einstimmig und sind froh darüber.

Verena Baumgartner (GL) orientiert als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion, dass sie die die Fragen interessieren würden, sie aber auch noch ein paar mehr Fragen hätten, die aufgekomen seien. Zum Beispiel: Was bekommen wir für die 300'000 Franken in der Machbarkeitsstudie? Hat die Stadt noch andere Ideen? Gibt es schon Interessenten, ob stadintern oder extern, für dieses Areal? Und dann aber auch, in welcher Form kann der Einwohnerrat hier einbezogen werden? Im Grossen und Ganzen, es sind spannende Fragen und wir sind gespannt auf die Antwort, die der Stadtrat uns bringen wird und sind für eine Überweisung.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich für die Anregungen, welche der Stadtrat sehr gerne mitnehme. Ich finde das auch richtig, auch das Postulat von Peter Bürgin (FDP). Ich wollte das nicht blöd oder dumm beantworten. Wir sind an den Abklärungen und es soll auch wirklich alles angeschaut werden. Dann können wir dafür einen guten Vorschlag geben, was alles realisiert werden könnte. Und selbstverständlich bestimmt zum Schluss der Einwohnerrat, nicht der Stadtrat, was passiert.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat «Feuerwehrmagazinareal» (Nr. 2024-23) wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann